



# 20. Bundeskongress für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Der 20. Bundeskongress Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fand am 20. und 21. September 2023 in Berlin statt. 120 Vertreterinnen und Vertreter des Kleinprivatwaldes aus ganz Deutschland sind der Einladung aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und der AGDW - Die Waldeigentümer gefolgt.

TEXT: JÜRGEN GAULKE

**D**as Problem hatte der Bundeswaldminister erkannt: „Wir brauchen den Klimawald, um unsere Klimaziele zu erreichen.“ So wandte sich Cem Özdemir in einer Grußbotschaft via Video an die rund 150 Teilnehmenden, die sich am 20. und 21. September 2023 in Berlin zum Bundeskongress Forstwirtschaftliche Zusammen-schlüsse – kurz: BuKo – getroffen haben. Doch, so der Minister weiter, kleine Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer seien oft nicht mehr mit den Regeln nachhaltiger Waldwirtschaft vertraut. „Viele Eigentümer wohnen in urbanen Milieus und sind durch Erb-fälle an oft kleine Waldgrundstücke gekommen“, so der in Berlin-Mitte wohnende Minister. Umso wichtiger sei die forstfachliche Beratung, die von den Forstbetriebsgemeinschaften (FBG) geleistet werde: „Sie bringen die Maß-nahmen von der Theorie in die Praxis.“ So übernahmen die oft ehrenamtlich agierenden Vorsitzenden der FWZ und FBG eine große Verantwortung für den Wald und die Waldbesitzenden, lobte Özdemir.

## Rege Nachfrage nach Förderung

Nach dem Minister berichtete Eckhard Heuer, Leiter des Referats 513 Nationale Waldpolitik, Jagd im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), vom aktuellen Stand des „Förderprogramms Klimaangepasstes Waldmanagement“. Die Nachfrage sei rege: „Wir sehen keine Mitnahmeeffekte, sondern viele Anträge.“ Und er lobte die vielen Gespräche und Diskussionen mit den FWZ und FBG auf dem BuKo. „Wir



Abb. 1: Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, richtete eine Videobotschaft an die Teilnehmenden des 20. BuKo.

nehmen auch die Ergebnisse aus dem BuKo mit.“

Danach packte Marion Eberlein von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein Thema an, dass die FWZ ebenso beschäftigt wie die aktuelle Waldpolitik: die Arbeitswelt im Wandel. „Wir haben nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern bereits einen Arbeitskräftemangel“, sagte Eberlein. Ihr Tipp: Die Forstbranche sollte noch viel stärker mit dem Argument der Nachhaltigkeit werben. Dies stehe bei jungen Menschen in der Werteskala ganz oben. Zwei Drittel der Generation Z finden es wichtig, zum Schutz von Klima und Umwelt beizutragen. Und die Betriebe sollten überlegen, wie sie noch mehr mobiles Arbeiten ermöglichen könnten. Dokumentation und Ausarbeitung von Papieren muss auch bei Waldarbeiten ge-

macht werden, kann aber auch am heimischen Schreibtisch passieren.

## Podiumsdiskussion

In der anschließenden Podiumsdiskussion bestätigte Riccardo Brandt von der FBG Leuchtenburg (Thüringen), dass er sich seine Arbeit so einteilen kann, dass er ganze Tage im Homeoffice verbringt. Josef Liegl von der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Oberpfalz berichtete, dass 2014 noch 44 Bewerbungen verzeichnet wurden, im letzten Jahr dagegen nur 3. Das Problem bei den FBG sei, dass die ehrenamtlichen Entscheidungsträger in der Regel weit von den Möglichkeiten modernen Arbeitens entfernt seien. „Die Schulung im Ehrenamt wird ein großes Thema sein.“

Florian Born vom Jungen Netzwerk Forst mahnte, dass die Flexibilität der Arbeitgeber für junge Menschen der entscheidende Punkt sei. „Die staatliche Forstverwaltung ist hier eher der Öltanker, die FBG sollte das Speedboot sein.“ Er mahnte aber auch an das BMEL adressiert: „Wir dürfen nicht vom Holzknecht zum Förderknecht werden.“ Jemand, der Försterin oder Förster werden will, sei nicht zum Ausfüllen von Förderprogrammformularen geboren.

Josef Ziegler, Vorsitzende der WBV Cham-Roding und AGDW-Vizepräsident, wies in der Diskussion darauf hin, dass Ehrenamtsträger keine Personalverantwortung gelernt hätten. „Das sind Workaholic-Waldbauern.“ Eine größere Asymmetrie der Arbeitseinstellung gegenüber angestellten Kräften könne man sich kaum vorstellen. „Wir müssen die Ehrenamtsträgerinnen und -träger vorbereiten auf das echte Leben, wenn man Leute dauerhaft beschäftigen will.“ Viele FBG seien lediglich Durchlauferhitzer, wo alle halbe Jahre das Personal wechselte. Und viele Ehrenamtsträgerinnen und -träger hätten die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt, klagte Ziegler.

## Länderberichte

Am zweiten Kongresstag standen zunächst die Länderberichte im Vor-



Foto: BMEL

**Abb. 2:** Dr. Eckhard Heuer, Referatsleiter im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, nach seinem Vortrag zum Bundeswaldgesetz

dergrund. In Brandenburg seien 16 % der Waldeigentümerinnen und -eigentümer in einer der 260 FWZ, die eine Fläche von rund 180.000 ha bewirtschafteten, sagte Nikolaus Roggendorf, Referent für Forstpolitik im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg. Die Eigentümerstruktur sei jedoch überaltert, immer mehr verlagere sich in ein urbanes Milieu. Große Probleme bereiteten herrenlose Waldflächen, die in Brandenburg bereits 60.000 bis 70.000 ha umfassten.

Rainer Joosten, Referatsleiter Forstpolitik, Forsthoheit, Naturschutz im Wald im Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW, hatte bereits zuvor gesagt: „Unsere größte Sorge ist, dass wir den Kleinprivatwald verlieren.“ Diese Waldflächen dürften nicht aus der Bewirtschaftung rutschen. Daher habe NRW beschlossen, nun auch professionelle Waldpflegeverträge in die Förderung aufzunehmen. Prof. Andreas Bitter, Präsident des Verbands AGDW – Die Waldeigentümer, wies darauf hin, dass die FWZ schon heute vielfach als „hidden factory“ für kleine Waldeigentümer tätig seien. Sie erbrächten eine Vielzahl von administrativen Leistungen, ohne dafür bislang ausreichend honoriert zu werden.

Danach kam das Thema EU zur Sprache. Stefan Adler vom BMEL-Referat 514 Europäische und Internationale Waldpolitik referierte zunächst über die zahllosen EU-Initiativen von REDIII bis LULUCF – auch über solche, die noch vorbereitet werden, etwa zum Waldmonitoring. EU-Expertin Natalie Hufnagl-Jovy, Familienbetriebe Land und Forst Bayern, gab einen Rat von Ex-EU-Kommissar Günter Oettinger weiter: „50 % der Gesetze nehmen ihren Anfang in Brüssel, also sollten Sie auch 50 % Ihrer Arbeitszeit auf das Lobbying dort verwenden.“

## Bundeswaldgesetz

Die angekündigte Podiumsdiskussion der forstpolitischen Sprecher der Bundestagsparteien am Nachmittag musste leider entfallen, da kurzfristig zeitgleich eine namentliche Abstimmung im Bundestag angesetzt wurde. Die Sprecher von Grünen, FDP und Linken fanden sich aber noch recht-

zeitig zum Get-together am Abend ein. Am Nachmittag kam es gleichwohl zur Debatte um die anstehende Novellierung des Bundeswaldgesetzes. Eckhard Heuer vom BMEL verteidigte die Notwendigkeit: „Ich glaube, dass sich das Bundeswaldgesetz von 1975 überlebt hat.“ Es habe sich viel im Wald getan, wir fänden einen hochproduktiven Wald mit großer Biodiversität vor, seien einer spürbaren klimatischen Veränderung seit 2018 ausgesetzt und sähen eine Änderung der gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald. „Ob die Verabschiedung der Novellierung noch in dieser Legislaturperiode gelingt, kann ich nicht sagen.“

AGDW-Präsident Bitter beklagte die Inflationierung gesellschaftlicher Ansprüche an den Wald: „Früher hätten wir mit 10 Verbänden über ein Bundeswaldgesetz diskutiert, jetzt waren es 50.“ Als Eigentümer frage er sich natürlich, wie es denn mit der Legitimation aussehe. „Entscheidet die Lautstärke einer Interessengruppe darüber, was die Gesellschaft als Ganzes macht?“ Bitter mahnte an: „Es ist der zentrale Punkt, dass sich das Bundeswaldgesetz auf wenige Grundsätze der Waldwirtschaft beschränken sollte. Alles andere sollte der Vielfalt der Eigentümerinnen und Eigentümer und Standorte überlassen werden.“ Darüber hinaus sollte gesellschaftlich gewünschtes Verhalten über freiwillige Anreize finanzieller Art erwirkt werden.



**Dr. Jürgen Gaulke**  
jgaulke@waldeigentuemer.de  
ist Pressesprecher der AGDW –  
Die Waldeigentümer.